

Kontingenzeinsicht als Kern postmoderner Sozialphilosophie

Beliebter denn je wird in der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung wieder auf ein Schema zurückgegriffen, welches versucht, die politische Landschaft mit einem einfachen Modell zu kartografieren. Die Rede ist von der umgangssprachlich als Hufeisenmodell bezeichneten Extremismustheorie, die in der Mitte des Hufeisenbogens gemäßigte Parteien wie in Deutschland die CDU und die SPD und an den jeweiligen Enden Links- bzw. Rechtsextremist:innen verortet. Erzeugt wird dadurch eine zumindest qualitative Gleichsetzung linker und rechter Positionen in Bezug auf das politische System, im Konkreten in Bezug zur Demokratie.¹ Diese Strategie legitimierte immer wieder ein restriktives Vorgehen gegen linken Aktivismus² und wie ein Artikel für die ZEIT feststellt, vergeht im aktuellen Diskurs kaum eine Diskussion »über rassistisch motivierte Gewalt-, gar Mordtaten, in der nicht unmittelbar darauf verwiesen würde, dass brennende Luxusautos in Berliner Szenekiezen ebenfalls zu verurteilen sind.« (Schneider 2019)

Das Bild ist insofern verwunderlich, weil zumindest in Anbetracht der deutschen Geschichte die wahren Demokraten nicht nur in der Mitte, sondern im Spektrum von rechts und links auch weit Richtung linkem Ende zu finden sein müssten. Nicht umsonst wurde das Grundgesetz in einem antifaschistischen Grundgestus geschrieben. Es gibt deshalb berechtigte Gründe, die Gleichsetzung der politischen Ränder anzuzweifeln. Die Art der Gründe wiederum ist vielfältig und reicht von der eben erwähnten historischen Rechtfertigung bis zur grundlegend normativ-politischen Ausrichtung linker Politik. Eine solche setzt sich für mehr Toleranz, mehr Inklusion und mehr Solidarität

-
- 1 Ausgangspunkt der Kritik ist der Band *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik* (Backes/Jesse 1993). Laut Mitbegründer Eckhard Jesse hat sich die Geschichte des Modells verselbstständigt. Eine Verteidigung der Schrift von Backes und Jesse bietet ein Blogbeitrag von Mathias Brodkorb (Brodkorb 2010).
 - 2 Im deutschen Diskurs ist es vor allem die Antifa, welche vor allem von rechten und konservativen Politikern und Medien zur zentralen Gefahr der Demokratie stilisiert wird.

ein, jenen im vorherigen Abschnitt bereits erwähnten Kategorien. Sie ist also per se weniger ausgrenzend, sondern offen angelegt.³

So unterschiedlich die Strategien der Verteidigung linker Politik auch sein mögen, sie haben jedoch fast alle mit einem *gemeinschaftlichen Problem* zu kämpfen, welches bereits unter dem Normativitäts- und Praxisvorwurf hervorgehoben wurde. Kurzgefasst haben die für die Kritik notwendigen dekonstruktiven Bewegungen, sei es der Angriff auf absolut gesicherte Erkenntnis, auf Wahrheit, Gewissheit oder letzte Gründe, sich auch der Möglichkeit ihrer eigenen Rechtfertigung beraubt. Dies führt zu einer paradoxen Situation. Auf der einen Seite haben postmoderne, tendenziell relativistische Positionen das Problem, dass sie keine harten oder besseren Argumente zu ihrer Verteidigung hervorbringen können. Wenn der Vorteil genau darin liegen soll, dass es keine herrschende und unterdrückende Dominanz eines Argumentes gibt, dann muss diese Annahme ebenfalls für die eben beschriebene eigene normative Unterfütterung gelten. Auf der anderen Seite ist es kein Zufall, dass aus der postmodernen Erkenntnistheorie (vgl. Zima 2016: 160ff) eine bestimmte Sozialphilosophie und politische Philosophie folgt. Die als normativer Gewinn beschriebene Kontingenzeinsicht ist der Grund, weshalb die postmodernen Theorien so adaptiv für gleichheits- und gerechtigkeitsfordernde Diskurse sind. Ob der Bezug auf Genderthemen in der Frage nach der sozialen Konstruktion der Geschlechter (Butler), ob in Kreisen der Queer-Theorie, in der Kritik am Rassismus oder dem Wiedererstarken von Identitätspolitik, auffällig sind insbesondere der demokratiethoretische Bezug und die Forderung nach einer »Re-Demokratisierung der Demokratie«.⁴

Die Idee der *Emanzipation* allein war jedoch nicht Quelle der sozialen Hoffnung. Verbunden mit der Abschwächung starker epistemischer Positionen und der Einführung des nach Vattimo »schwachen Denken«, lässt sich in der postmodernen Sozialphilosophie immer wieder der Verweis auf Steigerung von *Solidarität* innerhalb und unterhalb von Gesellschaften finden. Weshalb Solidarität und nicht Freiheit und Gleichheit im Mittelpunkt der Debatte steht, hat mehrere Gründe, die im Verlauf des Kapitels noch verdeutlicht werden. An dieser Stelle reicht es, darauf hinzuweisen, dass im Gegensatz zu den anderen beiden Begriffen Solidarität nicht bereits mit liberalen und republikanischen Denktraditionen vorbelastet und aufgrund ihres partikularen Charakters nicht notwendig darauf angewiesen ist, als universelle Norm formuliert zu werden. Sie entspricht in ihrer Grundstruktur der des Kontingenzbegriffes als auch der Absicht der Inklusion. Es zeigt sich auch aus realpolitischer Perspektive, dass Solidarität besondere Konjunktur erfährt, wie ein Beitrag von Tranow verdeutlicht: »Kaum eine Debatte über die Klimakrise, den Sozialstaat, die Migrationsfrage oder die Verfasstheit der EU kommt ohne Thematisierung von Solidaritätsfragen aus.« (Tranow 2019)

3 Auch wenn es zur Durchsetzung dessen manchmal Formen der Gewalt und Ausgrenzung bedarf, wie beispielsweise im Kontext der Besetzung des Hambacher Forstes oder auch in der Art und Weise der G20-Proteste in Hamburg diskutiert wurde.

4 Dass diese Diskurse als linker Mainstream auch in akademischen Kreisen bezeichnet werden (vgl. Boghossian 2015: 135ff.), ist nicht zuletzt Folge ihres normativen Anspruches und verrät etwas über die linke Theorie selbst. Es verrät aber auch etwas über das Dilemma, in dem diese Theorie steckt, weil auch sie immer wieder an das beschriebene Paradox gebunden ist.

Wenn in der Überschrift von einer *Politisierung der Negativität* gesprochen wird, wird dies *zum einen* damit begründet, dass Negativitätserfahrungen als auch Negativitätsreflexionen zentral auf die Sphäre oder besser: die menschliche Möglichkeit, politisch zu sein, rückbezogen werden. Abseits des schon länger etablierten Zusammenhangs von Negativität und Ethik (vgl. Rentsch 1999) ist dieser Zugang spezifisch für die in dieser Studie als postmodern gefassten Autoren. Negativität ist Bedingung der Möglichkeit von Politik. *Zum anderen*, weil umgekehrt damit durch Negativitätserfahrungen, die als Kontingenzeinsicht präzisiert wurden, zu einer Politisierung explizit beigetragen werden kann. Gesteigerte Erfahrungsräume des Scheiterns und des Mangels sind somit als Aktivierung für Politik zu verstehen. Um es mit Flügel-Martinsen zu formulieren: Der Verlust von Gewissheit

[...] – und das ist das radikaldemokratisch entscheidende Argument – [ruft] Demokratie deshalb aus epistemischen und normativen Gründen auf den Plan [...], weil wir durch die damit einhergehende Kontingenzwahrnehmung darauf verwiesen werden, die Gesellschaft, in der wir leben, als selbst kontingent zu begreifen (Flügel-Martinsen 2019: 725).

Für die Rekonstruktion werden mit Richard Rorty, Zygmunt Bauman und Oliver Marchart drei Autoren genauer in den Blick genommen. Es lässt sich zeigen, dass die kritische Ausgangsposition, ob nun die Kritik an Wahrheit, an der Moderne oder am Fundamentalismus, jeweils das mit Kontingenzeinsicht gefasste Verständnis (Kontingenz, Ambivalenz, Differenz) etablieren, welches sozialphilosophisch und politisch ausformuliert wird. Damit besteht die Möglichkeit, von einem Paradigma postmoderner Sozialphilosophie zu sprechen. »Postmodern« wird verwendet im Sinn des bisher dargelegten Verständnisses einer ständigen Geburt der Moderne oder wie Bauman es bezeichnet: »Postmoderne ist Moderne ohne Illusion« (Bauman 1995b: 55).

